

(Vizepräsident **Fräßdorf**.)

(A) Ohne Kritik allerdings nicht.

(Na, na!)

Ohne Kritik nicht! Es gibt wohl keine Partei, das werden Sie mir zugeben, die so Kritik an sich selbst auf den Parteitagen übt wie die Sozialdemokratie.

(Abg. **Hettner**: Das sind eben die Führer!)

Dann die Kritik in der Presse. Es gibt keine Partei, die so in der schärfsten Weise ihre eigenen Handlungen durch ihre Mitglieder kritisieren läßt. Das haben Sie wiederholt hier ausgesprochen, wenn Sie die Stellung unserer Parteifreunde und unserer Partei als falsch und verkehrt dargestellt haben. Wir lassen das zu, aber wir erfreuen uns dennoch des Vertrauens. Die Volksmassen haben zu uns Vertrauen, weil wir sie noch nicht betrogen und belogen haben.

(Unruhe rechts und in der Mitte.)

Sie freilich, die nationalliberale Partei, die Partei der Apfelmusmänner, können dies nicht von sich sagen,

(Heiterkeit.)

(B) und deshalb werden Sie das Vertrauen der Wähler nie erlangen, wie es die sozialdemokratischen Führer haben, deshalb werden Sie auch dem Volksansturm unterliegen, der über Sie hinweggehen wird.

(Abg. **Hettner**: Das war sehr zur Sache gesprochen!)

(Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. **Dpiß**.

Abg. Dpiß: Meine Herren! Der Herr Abg. **Merkel** hat bei seiner ersten Rede daran Anstoß genommen, daß die Überschüsse, die in der laufenden und in der letzten Periode erzielt worden sind und die tatsächlich eine sehr erfreuliche Höhe erreicht haben, nicht dazu benutzt worden sind, um einen Steuererlaß eintreten zu lassen. Er hat dabei so argumentiert, daß man, wenn man bei der Aufstellung des Etats für jene beiden nunmehr fast verflochtenen Perioden vorausgesehen hätte, daß an jenen Beträgen weniger erforderlich sei, insfolgedessen auch weniger an Einnahmen eingesetzt haben würde.

(Abg. **Merkel**: Habe ich nicht gesagt!)

Und das ist ein Argument, das ich sehr — —

(Abg. **Merkel**: Habe ich ja gar nicht gesagt!)

Ich will zugeben, daß ich mir diese Argumentation als junger Abgeordneter ebenfalls —

(Abg. **Merkel**: Habe ich ja gar nicht gesagt!)

ich bitte, mich aussprechen zu lassen — zu eigen gemacht habe. Ich habe mich aber im Laufe der Zeit überzeugen müssen, daß die Praxis, die gegenwärtig und schon seit langer Zeit befolgt wird, doch die richtige ist. Denn, meine Herren, einmal angenommen, man folgte diesem Gedanken, so würde im Steuerwesen eine große Beunruhigung die Folge sein, es würde das namentlich zur Folge haben, daß jedes Jahr die Steuern in veränderter Höhe erhoben werden müßten. Gerade aber auf dem Steuergebiete ist nichts erforderlicher und wünschenswerter als eine gewisse Kontinuität. Muß der Steuerzahler einmal an die Unbequemlichkeit des Steuerzahlens gewöhnt werden, so müssen die Verhältnisse dabei wenigstens so eingerichtet werden, daß die Steuern sich tunlichst in gleicher Höhe halten; das ist ein Akt weiser Politik. Im übrigen aber möchte ich entgegenhalten, daß diese Praxis, die nun seit Jahren eingeführt und beobachtet worden ist, gegenwärtig gar nicht mehr der Diskussion unterliegt. Denn wir haben im Jahre 1904 das Staatshaushaltsgesetz erlassen, in dem ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß die in einer gewissen Finanzperiode erzielten Ersparnisse dem mobilen Staatsvermögen zugeführt werden müssen.

(Abg. **Merkel**: Und daß die Steuern in Zehnteln erhoben werden!)

Wenn also der Herr Abg. **Merkel** nach dieser Richtung hin, was ja an sich sehr erwägenswert ist, wirklich vorgehen beabsichtigt, würde die Regierung das Staatshaushaltsgesetz abändern müssen, das der Herr Abg. **Merkel** allerdings selbst mitgeholfen hat ins Leben zu rufen. Damit soll aber keinerlei Vorwurf gegen Herrn Abg. **Merkel** erhoben werden. Ich wiederhole, daß das eine Frage ist, die sehr viel erwogen worden und fernerer Erwägungen durchaus nicht unwert ist.

In bezug auf den zweiten Punkt aber, den der Herr Abg. **Merkel** in eingehender Weise noch behandelt hat und der darin gipfelt, daß man bei den Einstellungen für die Eisenbahn eine größere Klarheit in den Staatshaushalts-Stat bringen möge, auch in dieser Beziehung glaube ich doch — und ich meine, dabei stehen meine politischen Freunde hinter mir — den Darlegungen vom Regierungstische beipflichten zu können. Das eine steht fest, daß die Frage, die in dieser Beziehung von Herrn Abg. **Merkel** berührt wurde, keine